



10 Jahre *Gegen Unmenschlichkeit* – Eine Retrospektive

Vor zehn Jahren hat sich etwas Besonderes ereignet, an das – auch aus Gründen der weiter bestehenden Aktualität – erinnert werden soll: der an Regierung und Parlament gerichtete Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Von Ernst Löschner

<http://gegen-unmenschlichkeit.at/ueber-uns/rueckblick-kampagne-2013/zur-genesis/>



Ende 2012/Anfang 2013 war es zu dramatischen, menschenverachtenden Abschiebungen gekommen, bei der ganze Familien zerrissen worden sind. Ich erinnere mich auch noch gut an den Bericht von Ute Bock in *ORF II* von einer Familie, die um Asyl angesucht hatte: Während die Kinder bestens in der Schule integriert waren und auch die Mutter alle Anstrengungen zur Integration erfolgreich durchführte, war

der Familienvater total zermürbt vom jahrelangen „Herumsitzen“. Er durfte trotz seiner Qualifikationen nicht arbeiten und auch keine Weiterbildung besuchen. Er war „reif für die Psychiatrie“. Als Innenministerin fungierte damals Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Rudolf Hundstorfer (SPÖ) war Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Es wurde ganz offenkundig, dass seitens des offiziellen Österreich eine *Einstellung* vorherrschte und ein *System* am Werk war, das Menschen, die bei uns Schutz suchen, zurückweist und unmenschlich behandelt. „Humanitäres Bleiberecht“: Dieser Begriff war – und ist es heute noch – ein Fremdwort.

Ich wollte dabei nicht länger zusehen und beschloss daher, mit möglichst vielen Gleichgesinnten eine Initiative zu starten, um Regierung und Parlament zu einer Änderung der österreichischen Asylpolitik zu veranlassen. Welche Schritte dabei gesetzt wurden und wie es zur Etablierung der Plattform *Gegen Unmenschlichkeit* kam, darüber habe ich bereits ausführlich berichtet.



FPÖ rechts überholt

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Anzahl der Asylanträge mit jeweils circa 17.500 in den Jahren 2012 und 2013 gegenüber durchschnittlich 13.800 in den Jahren 2009-2011 nur geringfügig geändert. Erst 2014 mit 28.000 Anträgen und besonders 2015 mit 88.000 Anträgen sollte es zu einer sprunghaften Entwicklung kommen, die aber in der Folge wieder stark auf 14.800 Anträge im Jahr 2020 abebbte, um 2021 und 2022 wieder stark anzusteigen und 2023 auf voraussichtlich ca. 53.000 abzusinken.

Dennoch sah sich auch die SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann – für viele unvermutet – veranlasst, so wie die ÖVP unter Vizekanzler Michael Spindelegger, eine Verschärfung der Asylgesetze zu propagieren, quasi zu versuchen, die FPÖ rechts zu überholen. Die Folge waren nicht nur Gesetzesverschärfungen, sondern auch menschenverachtende Abschiebungen.

Wir begannen unsere Arbeit. Wir waren 15 NGOs, von *Amnesty International* bis *ZARA*, erstmalig war auch *Ärzte ohne Grenzen* dabei.

Nie zuvor, und auch seither nicht, war es gelungen, so eine große Anzahl von namhaften NGOs zu einer bedeutenden Initiative zusammenzuschließen. Wir trafen uns regel-

Für eine menschliche Flüchtlingspolitik!

mäßig im Büro von *SOS Mitmensch*, Ute Bock kam auch persönlich zu uns.

Die fünf Forderungen

Wort für Wort wurde der Text unserer fünf Forderungen gemeinsam abgestimmt. Unsere Petition wurde dann von 50 weiteren Partnerorganisationen unterstützt. Alle im Parlament vertretenen Parteien wurden zur Stellungnahme aufgefordert. Alle haben geantwortet: Nur die Grünen und NEOS haben unsere Forderungen vollinhaltlich unterstützt; sehr enttäuschend und schwammig waren die Rückmeldungen von SPÖ und ÖVP, nicht überraschend waren die ablehnenden Reaktionen von BZÖ und FPÖ. Michael Kerbler und ich haben allen Parteien Punkt für Punkt geantwortet.

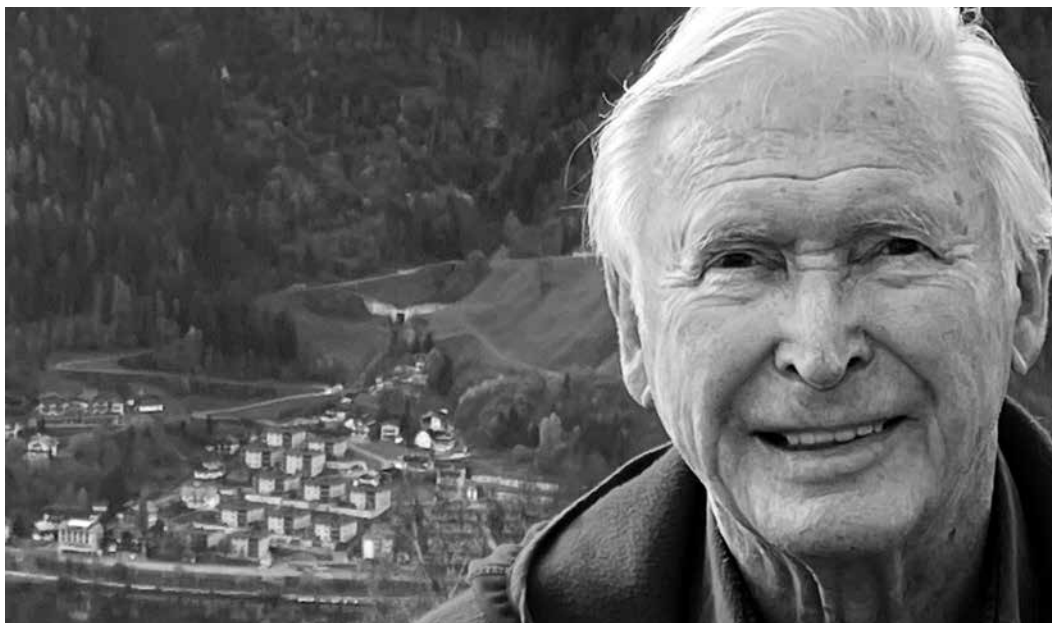
Unsere Petition wurde von 31.361 namentlich unterstützt. Fast 300 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Religion, Sport, Medizin, Literatur, Politik und Wirtschaft brachten ihre Solidarität mit unserem Aufruf mit einem persönlichen Statement zum Ausdruck.

Am 7. Juni 2013 war es dann soweit: In einer Pressekonferenz wurde unser Aufruf detailliert vorgestellt, gemeinsam mit der Schauspielerin Ursula Strauss, dem



Diakonie





Ich wollte dabei nicht länger zu sehen und beschloss daher, mit möglichst vielen Gleichgesinnten eine Initiative zu starten.

Kabarettisten Thomas Maurer und dem Arzt Johannes Poigenfürst.

Wir fordern von der Regierung und allen im Parlament vertretenen Parteien:

1. Sicherstellung, dass gut integrierte Personen nicht abgeschoben, Familien nicht zerrissen und humanitäre Umstände berücksichtigt werden.

2. Effektiver Zugang zum Arbeitsmarkt nach längstens sechs Monaten sowie un-

gehinderten Zugang zu Schul- und Weiterbildung für Asylsuchende.

3. Eine an menschlichen Bedürfnissen orientierte Grundversorgung mit flächendeckender professioneller Betreuungsstruktur, die Eigenverantwortlichkeit unterstützt und auch realistische Möglichkeiten der Eigenversorgung vorsieht.

4. Eine komplette und übersichtliche Überarbeitung der österreichischen Asyl- und Fremden Gesetze, sowie öffentlich finanzierten unabhängigen Rechtsbeistand für Menschen, die um Schutz ansuchen.

5. Asyl-Lotterie beenden: Europa braucht ein solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme, daher umfassende Gesetzesbeschlüsse auf EU-Ebene, die europaweit die o.a. Rechte und Standards für alle schutzsuchenden Personen in allen Mitgliedsländern sicherstellen – Österreich möge dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Die seit Jahren unmenschliche Flüchtlingspolitik in Österreich gehört schnellstens geändert. Die abstoßenden Fälle, die man in den Medien liest, sind nur die Spitze des Eisbergs, weshalb ich Ihre Petition in vollem Umfang unterstütze.

Edith Zimmermann

Gleichzeitig ging die Petition online mit der Einladung zur Unterzeichnung des Aufrufs, und bald danach habe ich mich mit Michael Kerbler in einem offenen Brief an alle zur Nationalratswahl antretenden politischen Parteien gewendet. *Gegen Unmenschlichkeit** war auch medial sehr präsent, über verschiedene Aktionen wurde im ORF und den Printmedien berichtet, Micheal Kerbler und ich gaben Interviews, schrieben Kommentare und Leserbriefe.

Begleitende Aktionen

Auch in den folgenden Wochen und Monaten kam es zu laufenden Kontakten mit der Politik. An Innenministerin Mikl-Leitner haben wir appelliert, eine bevorstehende Abschiebung von acht Flüchtlingen nach Pakistan zu stoppen. Am 20. September organisierten wir einen musikalischen Flashmob vor dem Parlament, gemeinsam mit Paul Gulda und Daniel Landau, um an jede:n einzelne:n Abgeordnete:n zu appellieren, sich zu engagieren.

Am 4. Oktober wurde in einer *Mahnwache* vor dem Innenministerium an die Regierung appelliert, als Reaktion auf die Tragödie vor Lampedusa – mit über 300 ertrunkenen Flüchtlingen – alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, auch auf EU-Ebene, damit derartige Katastrophen sich möglichst nie mehr wiederholen mögen. Wir verurteilten die geplanten Stacheldrahtzäune im geplanten Schubhaftzentrum in Vordernberg (Steiermark).

Am 28. Oktober überreichten wir eine erste Fassung unserer umfassenden Dokumentation über den Aufruf an NR-Präsidentin Barbara Prammer.

Ihre Reaktion war außerordentlich positiv und motivierend: Sie ersuchte uns, die Dokumentation über unsere Initiative zu vervielfältigen und jeder:m einzelnen Abgeordneten im Parlament zu überreichen.

Es war ihr selbst schon ein langes Anliegen, eine parlamentarische Revision der Asylgesetze zu erreichen und sie übersichtlich zu gestalten.

Am nächsten Tag wurde in einer Pressekonzferenz die Dokumentation auch der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir präsentierten unsere Vorschläge an Regierung und Parlament für die Zusammenarbeit mit einer Expert:innen-Kommission unter der Führung des Menschenrechtsexperten Manfred Nowak, ebenso einen detaillierten Vorschlag zu einer Regierungserklärung zum Thema Flucht und Asyl.

Diese Ergänzungen wurden in die Neufassung unserer Dokumentation eingearbeitet, ebenso die Namen sämtlicher über 30.000 Unterzeichner:innen der Petition, die persönlichen Statements aller Mitglieder des Personenkomitees, und auch „Stimmen“ aus der Bevölkerung aus ganz

* Im Folgenden wird hier die Abkürzung *GU* verwendet.

Ich bin seit vielen Jahren ein Gegner der gängigen Flüchtlingspolitik. Man muss Menschen in Not helfen, und zwar wir alle, nicht nur in Österreich. Ich habe viele Jahre im Ausland verbracht und wurde immer als Mitmensch behandelt. Manchmal muss man sich schämen ein Österreicher zu sein.

Sven Hauer, Krems

Österreich, die uns als Reaktion auf den Aufruf erreicht hatten. Die überarbeitete, vorliegende Fassung der Dokumentation ist ein beeindruckendes Dokument von 240 Seiten geworden, datiert mit 29. November 2013.

Sie ging nicht nur an alle Abgeordneten, sondern mit persönlichen Briefen auch an Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Michael Spindelegger, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und an NR-Präsidentin Barbara Prammer. Zuvor hatten wir sie auch dem damaligen Bundesminister Gerald

Appell zu einer Änderung der Asylpolitik erneuerten.

Der Petitionsausschuss des Nationalrates beschloss am 1. Juli 2014 einstimmig die Einholung einer Stellungnahme des Innenministeriums. Wir nahmen dies zum Anlass, alle mehr als 30.000

Unterzeichner:innen der Petition und unser Personenkomitee einzuladen, unsere Bemühungen mit einem persönlichen Eintrag auf der parlamentarischen Homepage zu unterstützen. Bereits am 8. August 2014 kam die Stellungnahme des *BMI*, die aber so oberflächlich und inhaltlich ungenügend war, dass sich Anny Knapp namens der *Agenda Asyl* veranlasst sah, eine detaillierte Replik zu verfassen. Dennoch wurde die Dokumentation vom Petitionsausschuss, trotz anfänglich positiver Signale, letztendlich (angeblich aus Gründen einer Arbeitsüberlastung) „schubladiert“.

In einem Interview im *Standard* im November 2014 haben Michael Kerbler und ich ausführlich zu den Reaktionen auf unseren Aufruf Stellung bezogen, wie auch zu den damaligen islamistischen Terroranschlägen in Paris auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*.

Arbeitsmarktzugang schubladiert

Es war uns stets ein besonderes Anliegen, für Asylsuchende einen Zugang zum Arbeitsmarkt (und Weiterbildung) zu erreichen. Bundesminister Hundstorfer konnten wir nach mehrmonatigen Bemühungen in einem persönlichen Gespräch überzeugen, das *WIFO* (*Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung*) mit einer Studie zu diesem Thema zu beauftragen. Unsere Arbeitsgruppe traf sich dann mehrmals mit dessen Experten. Als diese detaillierte Studie dann im März 2015 vorlag, wurde sie jedoch von BM Hundstorfer im Juni 2015

Schauen wir den Menschen, die bei uns Schutz suchen, in die Augen, begegnen wir ihnen auf Augenhöhe.

Robert Mayer, Schauspieler

Klug und Staatssekretär Sebastian Kurz übermittelt.

Unser Aufruf erging auch an alle Landeshauptleute, an die Bischofskonferenz und alle Flüchtlingsreferent:innen in den Bundesländern, wobei ich mich gerne daran erinnere, dass letztere einstimmig einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang gefordert haben.

Was geschah in der Folge?

Es kam zu mehreren Arbeitssitzungen, insbesondere mit den Expert:innen von Innen- und Arbeitsministerium, wobei stets ein konstruktives Gesprächsklima herrschte. Von *GU*-Seite waren besonders Anny Knapp (*asylkoordination*), Christoph Riedl (*Diakonie*), Andrea Eraslan-Weninger (*Verein Integrationshaus*), Alexander Pollak (*SOS Mitmensch*) und ich involviert.

Anlässlich der Klausurtagung der neuen Bundesregierung Faymann II am 14. und 15. Jänner 2014 publizierten wir im *Standard* und im *Kurier*, ein vom Personenkomitee finanziertes und namentlich unterstütztes Inserat, in dem wir unseren



„schubladiert“, nach halb-herzigen halb-positiven Aussagen von ihm zuvor, obwohl (oder weil?) das *WIFO* unsere Vorschläge voll-inhaltlich befürwortet hatte, auch im Interesse des österreichischen Arbeitsmarktes.

In weiterer Folge bemühten wir uns 2016 bei der Bundesregierung Kern. In persönlichen Briefen an Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner forderten wir am 2. Juni 2016 den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende. Die ORF Sendung *Im Klartext* ließ Anfang Juni 2016 leise Hoffnungen aufkommen, dass dieser Punkt unserer Petition endlich umgesetzt werden könnte. Allerdings hat sich der neue Innenminister Wolfgang Sobotka gegen eine Arbeitserlaubnis für Asylsuchende positioniert, womit er die Aussage des Vizekanzlers konterkarierte und einen integrationsfeindlichen Zickzackkurs der ÖVP dokumentierte. Leider hat auch Bundespräsident Heinz Fischer, trotz Appellen von *Amnesty International* und von uns, die umfassenden Änderungen des Asylgesetzes (u.a.

eine „Notstandsermächtigung“) in Kraft gesetzt. Ich möchte dabei daran erinnern, dass es vier mutige weibliche SPÖ-Abgeordnete (Daniela Holzinger, Ulrike Königsberger-Ludwig, Katharina Kucharowits und Nurten Yilmaz) gegeben hat, die sich im Parlament im April 2016 weigerten, diese Ermächtigung zu unterstützen.

Auch bei der Bundesregierung Kurz I blieben wir aktiv. Mit Arbeitsministerin Beate Hartinger-Klein erörterten wir 2018 das Thema Arbeitserlaubnis für Asylsuchende. Sie war persönlich verbindlich, inhaltlich prallten wir jedoch gegen eine Gumm wand. Daraufhin richteten Anny Knapp und ich am 22. Juli 2018 ein dringendes Mail an Bundeskanzler Sebastian Kurz, in dem wir ihn um eine Kurskorrektur ersuchten, auch angesichts der massiven Abschiebungen von Lehrlingen aus Österreich. Wir bekamen jedoch eine beschämende, nichtssagende Antwort vom *Bürgerservice* im Bundeskanzleramt. Ein weiterer Versuch der Kontaktaufnahme mit dem Kabinett des Bundeskanzlers verlief ohne Antwort.

Am 28. Oktober überreichten wir eine erste Fassung unserer umfassenden Dokumentation über den Aufruf an NR-Präsidentin Barbara Prammer.

Am 4. Oktober wurde in einer Mahnwache vor dem Innenministerium an die Regierung appelliert, als Reaktion auf die Tragödie vor Lampedusa.



Erneuter Appell an Schwarz-Grün

Als sich aufgrund der Nationalratswahl vom 29. September 2019 eine türkis-grüne Koalition abzeichnete, ergriffen Anny Knapp und ich diese Chance, genau zwei Monate später am 29. November 2019, in-

I: Sicherstellung einer unabhängigen Rechtsberatung für Asylsuchende in Österreich

II: Zugang zu geförderten Deutschkursen für alle Asylsuchenden von Anfang an

III: Zugang zu Lehre, Ausbildung und Arbeit für Asylsuchende nach spätestens 6 Monaten Aufenthalt

IV: Bleibe- und Arbeitsrecht für Lehrlinge bis zu 2 Jahre nach Beendigung ihrer Lehrzeit

V: Bleibe- und Arbeitsrecht für alle Asylsuchenden, die schon mindestens 5 Jahre in Österreich sind

VI: Legale Einreisemöglichkeiten für Asylsuchende (inkl. "UNHCR-Resettlement") und Teilnahme an Solidaraktionen für Bootsflüchtlinge

VII: Überarbeitung und Vereinfachung der Kriterien zur „Rot-Weiß-Rote Karte“, um insbesondere jenen Menschen, die bereits in Österreich sind, eine Arbeit in „Mangelberufen“ zu ermöglichen.

Das am 2. Jänner 2020 vorgestellte Regierungsprogramm enthielt jedoch – zur Ent-

Was unser Mensch-Sein wert ist, messen wir daran, was uns das Mensch-Sein anderer wert ist.

Michael Sturminger, Regisseur

dem wir an jedes Mitglied der beiden Verhandlungsteams folgendes Mail richteten: „Heute möchten wir **7 Vorschläge für eine menschliche und vernünftige Flüchtlingspolitik** unterbreiten, mit der Bitte an jede:n Einzelne:n von Ihnen, sie ernsthaft zu prüfen und gemeinsam in Ihren Verhandlungsgesprächen zu thematisieren:

täuschung vieler, auch seitens unserer Initiative – keine nennenswerten Verbesserungen. Im Regierungsprogramm wurde zwar eine engere Zusammenarbeit mit *UNHCR* angekündigt, diese wurde aber kaum realisiert.

An (den bald darauf ernannten) Bundeskanzler Karl Nehammer hatte ich bereits im Dezember 2019 ein Mail geschickt mit der Bitte, unsere Vorschläge für eine menschliche Flüchtlingspolitik zu prüfen. Dieses Mail blieb ohne Antwort. Zwei Jahre später ersuchte ich ihn am 7. Dezember 2021 erneut, zumindest in individuellen Härtefällen, Ausnahmen zuzulassen und ein Bleiberecht in Österreich für an Leib und Leben gefährdete Menschen, insbesondere Kinder, zu befürworten. Ich erneuerte auch unsere Vorschläge zu einer Revision der Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte) und einem Zugang zum Arbeitsmarkt. Wieder kam keine Antwort.

Die Politik wollte sich einfach nicht bewegen. Wie oben dargestellt, hatten wir zumindest betreffend RWR-Karte eine letzte – für die Regierung „gesichtswahrende“, inhaltlich aber bedeutsame – Möglichkeit gesehen, durch eine Neufassung der Kriterien doch noch einen Zugang zum Arbeitsmarkt, zumindest für einige hundert Asylsuchende, zu erschließen. Wir waren überzeugt, dass auf diesem Wege nicht nur vielen qualifizierten Asylsuchenden und Flüchtlingen geholfen werden könnte, sondern dass auch dringend benötigte Arbeitskräfte für die Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden.

Dass auch von den grünen Regierungsmitgliedern nur Lippenbekenntnisse kamen, war sehr enttäuschend. Es war jedoch belustigend für mich, ein E-Mail von Bundesminister Gernot Blümel zu bekommen, offenbar in der Eile ein Irrläufer, denn es war für sein Kabinett bestimmt: Dieses

wurde aufgefordert, die Vorschläge zu ignorieren beziehungsweise *hinhaltend* zu antworten.

Heute suchen wir in Österreich *dringend* nach Arbeitskräften, sowohl wenig qualifizierte als auch besonders gut ausgebildete. Es kam letztes Endes unter Bundesminister Martin Kocher endlich zu einer Revision der RWR-Karte, allerdings erst

Das Boot...ist eine Yacht.

Florian Bösch, Sänger

drei Jahre nachdem wir unseren diesbezüglichen Vorschlag erneuert hatten. Wie so oft in Österreich: „Too Little Too Late“! Auch erst kürzlich kam Bundesministerin Susanne Raab auf die Idee, das kanadische System der Nachfrage nach Arbeitskräften im Ausland zu studieren. Bereits vor zehn Jahren hatten wir auf das kanadische Beispiel hingewiesen, wie sie erfolgreich Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Kanada geholt hatten. Es wäre für Österreich so wichtig, nicht nur mehr humanitär denkende Menschen in der Politik zu wissen, sondern auch mehr wirtschaftlich denkende!

Was ist sonst noch zu unseren Forderungen vor 10 Jahren und danach zu sagen?

An der von mir bereits vor 10 Jahren kritisierten „Einstellung“ vieler Politiker:innen hat sich offenbar nichts geändert. Das schlägt sich auch in der Positionierung Österreichs am internationalen Parkett und insbesondere in der EU nieder. So weigert sich Österreich immer noch, an *UNHCR Resettlement-Programmen* teilzunehmen (es gab lediglich für kurze Zeit eine Ausnahme

für syrische Flüchtlinge, die aber nur 1.900 Menschen geholfen hat) und zeichnet sich auch nicht durch besondere Freigiebigkeit bei der „Hilfe vor Ort“ aus.

Innerhalb der EU gehört Österreich fast immer zu der Gruppe um Polen und Ungarn, die einen besonders restriktiven Kurs der EU propagiert. Österreich ist weit davon entfernt, jene Vorbildfunktion ein-

Italien durch Flüchtlingsaufnahmen zu entlasten, dieses Zugeständnis wurde aber mit den Menschen- und Flüchtlingsrechten nicht mehr vereinbaren Verschärfungen der Asylpolitik verknüpft. Es darf nicht toleriert werden, dass die Gültigkeit der *Genfer Flüchtlingskonvention* von immer mehr Politiker:innen – auch in Österreich – infrage gestellt wird.

Nichts gebessert hat sich auch bei der Struktur der Asyl- und Fremden-gesetze. Sie sind nach wie vor derart unübersichtlich, dass selbst Expert:innen oft überfordert sind. Dazu kommen Ungereimtheiten und widersprüchliche Formulierungen. Inhaltlich sind sie, mit wenigen Ausnahmen, noch restriktiver geworden. Die für Österreich unwürdige „Menschlichkeitslücke“, wie ich sie nennen möchte, ist noch größer geworden.

Europa steht vor enormen Herausforderungen: Wir leben in einer stark überalterten Gesellschaft, Arbeitskräfte fehlen, soziale Dienste sind kaum noch aufrecht zu erhalten. Dazu kommen die globalen Probleme als Folge der weltweiten Klimakatastrophe. In dieser Lage erscheinen Debatten darüber, wer ist ein:e „Migrant:in“ oder ein „Wirtschaftsflüchtling“ und welche von ihnen wir bei uns behalten wollen, müßig. Wir brauchen Migration!

Es ist daher höchst bedauerlich, dass sich für Asylsuchende in Sachen Jobzugang de facto nichts verbessert hat. Zwar hat der *Verfassungsgerichtshof (VFGH)* die Beschränkung auf Jobs in der Ernte- und Saisonarbeit im Juli 2021 aufgehoben, somit gilt, dass Asylsuchende vier Monate nach ihrem Antrag einen Job annehmen können. Die meisten Asylsuchenden können es sich trotzdem nicht leisten zu arbeiten, denn sie leben von der Grundversorgung, wobei die erlaubte Zuverdienstgrenze von monatlich € 100 nur für Ukrainer:innen ge-

Wir Österreicher:innen, wir sind Flüchtlinge. Wir flüchten vor den Menschen, die in Not geraten sind und Hilfe suchen. Menschen, die gestrandet sind, Menschen, die man Flüchtlinge nennt. Vor ihnen flüchten wir. Wir Österreicher:innen, wir sind auf der Flucht. Wir flüchten vor der eigenen Menschlichkeit.

Ulrich Seidl, Filmmacher

zunehmen, die wir uns gewünscht hätten. Im Gegenteil: Die Blockade der Schengen-Öffnung betreffend Rumänien und Bulgarien hat unser Renommee bei unseren Partner:innen in der EU noch weiter ramponiert.

Wenn es um die aktuelle Aufnahme von in Italien, Griechenland oder Spanien angelandeten Schutzsuchenden geht, weisen die ÖVP-Politiker:innen auf die 2015 Aufgenommenen oder präsentieren irreführende Statistiken über aktuelle Zahlen. Allzu oft flüchtet sich das offizielle Österreich in die Ausrede, dass andere Länder (noch) weniger tun als wir.

Auf EU-Ebene gab es zwar vor kurzem eine Einigung, in Notfällen ein Land wie



Es war uns allen einfach zu wichtig, nicht wegzuschauen, sondern zumindest zu versuchen, eine Änderung herbeizuführen.

ringfügig erhöht wurde, nicht für Asylsuchende. Doch auch wenn die Zuverdienstgrenze höher wäre, ist es fraglich, ob viele auf Basis eines Einstiegslohns auf die Leistungen aus der Grundversorgung (Unterkunft und Versorgung) verzichten können.

Vorerst 1 1/2 Jahre, und viele weitere Jahre danach, haben viele von uns intensiv daran gearbeitet, dem *Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik* Gehör zu verschaffen. War die viele Arbeit vergeblich? Würden wir sie heute wieder auf uns nehmen? War es nicht vergebliche „Liebesmüh“, wenn wir das magere Resultat seitens der Politik dem Aufwand gegenüber stellen, der betrieben wurde? Gab es also eine stark negative „Kosten-Nutzen-Relation“?

Ohne mit allen Akteur:innen gesprochen zu haben, die damals so couragiert und ambitioniert eine Gemeinschaft gebildet haben, würde ich meinen, dass wir keinen Grund haben, unsere Initiative zu bereuen. Es war uns allen einfach zu wichtig,

nicht wegzuschauen, sondern zumindest zu versuchen, eine Änderung herbeizuführen. Wahrscheinlich waren wir zu ambitioniert. Wir haben aber die Erfahrungen, die wir sammeln konnten, an all jene weitergegeben, die nunmehr bemüht sind, die aktuellen Herausforderungen – an unseren Außengrenzen wie innerhalb von Österreich – zu adressieren und von der Politik eine Änderung zum Besseren einzufordern. Immer mehr Gelder fließen in die weitere Befestigung der „Festung“, viel zu wenige Mittel werden für die Bekämpfung der *Ursachen* von Flüchtlings- und Migrationsströmen aufgewendet. Dieser Befund gilt für Österreich und die gesamte EU.